

Verhandlungsprotokoll
der 10. Sitzung von Dienstag, 9. Februar 1954

Vorsitz: Hr. Bundespräsident R u b a t t e l
Abwesend: Hr. Kobelt (dienstlich)
Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber
Protokolle: Keine

Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 20

Mitteilungen des Chefs des EPD

Schweiz. Gesandtschaft in Israel

Da Israel sein Aussenministerium, entgegen den Beschlüssen der UNO, eigenmächtig nach Jerusalem verlegt hat, ergeben sich für die Ueberreichung der Beglaubigungsschreiben gewisse Schwierigkeiten. Obwohl die Schweiz nicht an die Beschlüsse der Vereinigten Nationen gebunden ist, soll doch nicht der Eindruck erweckt werden, dass wir den einseitigen Schritt Israels anerkennen. Es soll deshalb Israel folgendes Vorgehen vorgeschlagen werden. Hr. Hegg überreicht sein Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten der Republik in Jerusalem. Die Kopie des Beglaubigungsschreibens überreicht er dem Regierungschef, welcher gleichzeitig Aussenminister ist, und zwar nicht im Aussenministerium, sondern am Sitz des Regierungschefs.

Englisches Botschaftsgebäude

Der englische Botschafter hat dem Chef des Politischen Departementes sein Bedauern ausgesprochen wegen einer unexakten, gegen die Schweizerischen Behörden gerichteten Berichterstattung englischer Zeitungen über die Verhältnisse beim englischen Botschaftsgebäude.

Korea

In der Kommission für die Ueberwachung des Waffenstillstandes wird die Arbeit von Herrn Oberstdivisionär Wacker sehr erschwert durch die ständigen Versuche der Polen und Tschechen, politische Fragen aufzuwerfen. Die Heimschaffungskommission beabsichtigt, sich auf den 15. Februar aufzulösen. Sie muss noch einen Schlussbericht abgeben. Hr. Däniker glaubt, man werde sich auf einen gemeinsamen Text einigen können, trotz bestehenden Meinungsverschiedenheiten. ~~Das Interimsgutachten der Heimschaffungskommission über den Waffenstillstand in Korea wird am 15. Februar 1954 in Genéve angenommen und die Kommission aufgelöst. Der Bericht wird dem Aussenminister am 15. Februar 1954 in Bern überreicht.~~

Schriftliche Anträge

Departement des Innern

Botschaft betreffend Gewässerschutz

Auf Antrag von Herrn Petitpierre wird in Artikel 8 das Wort "ausnahmsweise" eingefügt.

Volkswirtschaftsdepartement

Transportkostenausgleich / Berggebiete

Mit den Anträgen des EVD in seiner Stellungnahme zu den Mitberichten des Finanz- und Zolldepartementes und des Post- und Eisenbahndepartementes und zur Stellungnahme des Finanz- und Zolldepartementes zum letzterwähnten Mitbericht erklärt sich Hr. Streuli einverstanden, nachdem Hr. Rubattel die Zusicherung gegeben hat, dass das EVD bereit sei, sein Verzeichnis abzuändern, wenn dies auf Grund des Ergebnisses der Expertise nötig werden sollte. Als Experte wird gemäss Vorschlag des Finanz- und Zolldepartementes Hr. Dr. Ad. Meyer, Generalsekretariat PTT, bezeichnet.

Post- und Eisenbahndepartement

Eidg. Luftfahrtkommission

Hr. Escher stellt fest, dass das Flugpersonal sich mit der Kandidatur Dr. Gubler einverstanden erklärt habe. Eine Vertretung der Gewerkschaft, wie sie das Finanz- und Zolldepartement verlangt habe, sei daher nicht nötig; übrigens gehöre der Kommission auch Hr. Oprecht an; der ja ehemaliger Gewerkschaftsvertreter sei. Hr. Streuli erklärt nach dieser Aufklärung, den Antrag im Mitbericht des Finanz- und Zolldepartementes nicht mehr aufrecht zu halten und sich dem Antrag des Post- und Eisenbahndepartementes anzuschliessen.

U M F R A G E

Präsidial vorbringen

Rheinauintiativen

Nach Ausführungen von Hrn. Escher über die Frage, ob der Teil der ersten Initiative, in dem die Aufhebung der Konzession verlangt wird, der Volksabstimmung unterbreitet werden kann, wird beschlossen, das Justiz- und Polizeidepartement zu beauftragen, zum Exposé des Post- und Eisenbahndepartementes in Form eines formulierten und begründeten Gegenantrages Stellung zu

nehmen. Die Diskussion im Bundesrat soll am 16. Februar stattfinden und soll in Hauptsache die Frage betreffen, ob die Initiative der Volksbefragung entzogen werden kann. Die Ausarbeitung der Botschaft wird dem Post- und Eisenbahndepartement übertragen.

Kleine Anfrage Oprecht betr. Katzen- und Hundefleischkonsum
Die Antwort auf diese Anfrage hat eine lebhaftere Reaktion in der Weltöffentlichkeit ausgelöst. Hr. Rubattel kündigt für nächste Woche einen Antrag auf eine Aenderung der Verordnung an.

Vortrag von Miss Willis

Der Text der Rede hat bei den Mitgliedern des Bundesrates zirkuliert. In der Diskussion stellt Hr. Feldmann fest, dass es sich um eine politische Rede gehandelt habe und dass wir unsere Position gegenüber den Kommunisten schwächen, wenn wir solche Veranstaltungen dulden. Man sollte Miss Willis in diskreter Weise auf diese Konsequenzen hinweisen. Im übrigen sei der BRB über die politischen Reden von Ausländern noch in Kraft. Er wird oft vergessen. Das wäre ein Geschäft für die Konferenz mit den kantonalen Regierungspräsidenten. Hr. Petitpierre findet, dass nicht die ausländischen Diplomaten, sondern die schweizerischen Veranstalter solcher Vorträge zu kritisieren sind. Miss Willis würde eine solche Bemerkung zweifellos übel aufnehmen. Hr. Etter findet, dass die Presse in der Wiedergabe solcher Veranstaltungen mehr Zurückhaltung üben sollte. Unlängst habe ihm ein Schweizer den Plan unterbreitet, in Bern einen Vortrag über die Integration Europas durchzuführen, zu dem er ausländische Politiker, wie Adenauer, de Gasperi und andere beiziehen wollte. Er habe dringend abgeraten, aber wenig Verständnis gefunden.

Abschliessend stellt Hr. Rubattel fest, dass einmütig die Ansicht bestehe, von der Durchführung der Veranstaltung in Bern über die Integration Europas abzuraten, dass eine Intervention bei Miss Willis unterbleiben soll, dass aber Hr. Petitpierre die Möglichkeit habe, bei günstiger Gelegenheit eine Bemerkung über dieses Problem fallen zu lassen, der Pressedienst des Politischen Departementes sollte bei der Depeschenagentur intervenieren, damit solche Angelegenheiten mit mehr Diskretion behandelt werden und schliesslich, dass die Frage der politischen Reden von Ausländern auf die Traktandenliste der Regierungspräsidentenkonferenz gesetzt wird. Hr. Petitpierre stellt gegenüber einer Bemerkung von Hrn. Streuli fest, dass ein Unterschied zu machen sei zwischen der Behandlung wirtschaftlicher und politischer Probleme.

Hr. E t t e r

Spende für Lawinengeschädigte

Es war geplant, aus dem Rest der Mittel eine Stiftung zu errich-

ten. Nachdem nun die Lawinenschäden dieses Jahres ^{sich} ereignet haben, fand das Koordinationskomitee, es sei richtiger, auf die Stiftungsgründung im jetzigen Zeitpunkt zu verzichten und aus dem Restbestand die neuen Schäden zu decken. Mit der Errichtung der Stiftung soll zugewartet werden bis die neuen Schadenfälle erledigt sind. Das Koordinationskomitee muss durch Vertreter der neu hinzugekommenen geschädigten Kantone ergänzt werden. Der Rat ist mit diesen Vorschlägen einverstanden und ermächtigt Hrn. Etter, Hrn. Theus entsprechend zu orientieren.

Hr. P e t i t p i e r r e

Rekurse der abgebauten Beamten

Der Bericht des Justiz- und Polizeidepartementes wird nächste Woche erwartet

Korea

Die Uebersetzungen der Berichte der Minderheit und der Mehrheit der Heimschaffungskommission sind den Herren Bundesräten zugestellt worden. Soll darüber diskutiert werden. Hr. Rubattel empfiehlt, diese Diskussion vorzusehen anlässlich der Behandlung der Botschaft über die Koreamissionen.

Hr. R u b a t t e l

Geschenk für Hrn. Bundesrat Weber

Der Bundespräsident gibt Kenntnis von einem Dankeschreiben von Hrn. Bundesrat Weber.

Oberstkorpskommandant Frick

Der ehemalige Ausbildungschef beklagt sich, dass man die beantragte Beförderung seines ersten Mitarbeiters abgelehnt habe. Die Angelegenheit soll behandelt werden, wenn Hr. Kobelt da ist.

Pilatusschwebbahn

Das Aktionskomitee gegen den Bau dieser Seilbahn meldet, dass es sich konstituiert habe. Hr. Escher und Hr. Etter weisen darauf hin, dass das Projekt in der Innerschweiz sehr umstritten sei. Da diese Seilbahn vom Militär gewünscht wird, soll die Gelegenheit wieder aufgenommen werden, wenn Hr. Kobelt da ist.

Essen für die Experten der Bereinigten Gesetzessammlung

Es wird beschlossen, dass Hr. Feldmann den Bundesrat an diesem Essen vertreten solle. Die Liste der Einzuladenden wird genehmigt.

(siehe auch Beschlussprotokoll)

Vortrag Minister Manshold

Die Kulturingenieure der französischen Schweiz haben den niderländischen Landwirtschafts- und Versorgungsminister eingeladen, einen Vortrag zu halten. Sie haben den Herrn Bundespräsidenten

eingeladen, am gemeinsamen Essen teilzunehmen und nach dem Vortrag die Diskussion durch ein Votum zu eröffnen. Gegen die Teilnahme von Hrn. Bundespräsident Rubattel an dem dem Referenten offerierten Essen ist nichts einzuwenden, dagegen sollte Hr. Rubattel, um kein Präjudiz zu schaffen, nicht in der Diskussion das Wort ergreifen.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 9. Sitzung vom 5. Februar wird mit einer Aenderung genehmigt.